

— Nächsten Dienstag hält die hiesige Väterinnung ihr Jahresquartal im Gasthof zum Hirsch ab.

— Sonntag abend veranstaltet der Turnverein „Jahn“ in der Reichstrasse eine Begrüßungs-Gesellschaft für die aus dem Felde Heimgekehrten. Der Verein, der 17 Mitglieder im Kampfe um Vaterland verloren hat, will damit seine ihm nur zu reger Turnarbeit zurückgegebenen Mitglieder besonders ehren.

— Die Zulagen für Schwerarbeiter. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes hat an sämtliche Bundesregierungen einen Erlaß gerichtet, wonach die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter namentlich in Wegfall kommen. Diese einschneidende Maßnahme ist notwendig geworden, nachdem mit der Demobilisierung des Heeres die eigentliche Nahrungindustrie aufgehört hat. Die Arbeiterschaft stellt sich mit vollem Rechte auf den Standpunkt, daß die fernere Sonderstellung der bisherigen Nahrungsbearbeiter, der Schwer- und Schwerstarbeiter, eine dauernde Quelle der Unzufriedenheit sein würde. Sämtliche Zulagen kommen in Zukunft in Fortfall; die Bestimmung des genauen Zeitpunktes bleibt jedoch dem Ermessen der Bundesregierungen überlassen. Er soll jedenfalls den 10. Februar nicht überschreiten. Die bisher als Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen gegebenen Beihilfen werden den Oberverteilungsstellen wie bisher weiter geleistet; sie können nach Ermessen der Kommunalverbände zur Erhöhung der allgemeinen Brotzation oder der Zulagen für Kinder und Kranke, unter Umständen auch zur Bildung einer Reserve für Notfälle verwendet werden.

— Deutsche Frauen! Wählt! Rede der tüchtigen Frauen: Ach, was kommt es auf meine, auf meine einzige Stimme an? — Rede der klugen Frauen: Bieleicht kommt es gerade auf meine, auf meine einzige Stimme an.

— Kirche und Staat. Von der Aufklärungsstelle für die Kirchentrennungssache in Dresden sind die größeren politischen Parteien Sachsens gefragt worden, wie sie sich 1. zum öffentlich-rechtlichen Charakter und zum Selbstverwaltungsrecht der Kirche stellen; 2. zu den Forderungen einer angemessenen, etwa 10jährigen Uebergangsfrist; 3. zur Sicherung der christlichen Jugendzucht; 4. zum Schutz der Kirchengemeinden gegen finanziellen Zusammenbruch. Daraus hat die Deutsch-nationale Volkspartei (Liste Kölsch) sehr freundlich geantwortet und der Erfüllung dieser durchaus berechtigten Forderungen zugestimmt, ähnlich lautet auch die Antwort der Deutschen Volkspartei (Liste Heintze). Dagegen hat die Demokratische Partei (Liste Rißhake) keine Zeit gefunden, zu diesen hochwichtigen Fragen grundsätzliche Stellung zu nehmen, und die sozialdemokratische Partei hat überhaupt nicht geantwortet. Hiernach kann sich jeder, der zur Kirche hält, ein Bild machen von der Stellung der einzelnen Parteien zur Kirche und wird sich auch bei der Wahl darnach richten.

— Wenn menschlicher Trost eine hartgeschlagene Familie einigermaßen zu beruhigen und zu stärken vermag, so konnte ihn die schwergeprüfte Familie Welde — Oberhäuslich in der zahlreichen Trauerbegleitung finden, die beim Begräbnis des zweiten und letzten Sohnes und Bruders, des Landwirts Herbert Welde, Leutnant der Reserve, das Gethühl der Nikolaiskirche füllte. Nach vierjähriger Teilnahme am Kriege war der junge Mann scheinbar heil und gesund heimgekehrt, und nun hat ihn heimtückische Krankheit dahingerafft. Die Trauerfeier begann mit einem Sologesang des Fr. Thoring, dem Gesänge des Kirchenchores folgten. Mit herzlichen Worten spendete Herr Superintendent Michael der trauernden Familie den Trost der Kirche, und als der Sarg in die Gruft neben den des in Frankreich gefallenen Bruders gesenkt worden, sprach Herr Pastor Rosen den Segen über den früh Dahingegangenen. Im Namen des Reinholdshainer Militärvereins rief Herr Lehrer Günther dem Verstorbenen kameradschaftlichen Gruß in die stille Gruft nach, und die Vereinsfahne senkte sich dreimal zur letzten Ehrung.

— Von anstehenden Tierkrankheiten traten am 15. Januar in Sachsen der Rotz in 2 Gemeinden, die Maul- und Klauenseuche in 19 Gemeinden, die Lungenseuche des Rindviehes in 26 Gehöften, die Schweineseuche in 2 Gehöften und die Bruchseuche der Pferde in 2 Gehöften auf. — Die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde war von anstehenden Tierkrankheiten frei.

— Breitenau. In diesem Jahre erreicht unsere Kirche ein Alter von 100 Jahren, denn am 5. September 1819 wurde sie durch Sup. M. Krahl in Birna geweiht. Das frühere Gotteshaus war am 10. Oktober 1813 von den Russen in Brand gesteckt worden. Dabei ging auch das Pfarrhaus mit dem Archiv verloren.

— Hörsdorf. Die zweite Aufführung des Märchenspiels „Zwerg Nase“ ließ an Besuch sehr zu wünschen übrig, da die Tanzmusiken der umliegenden Dörfer gar zu verlockend klangen. Trotzdem konnte eine Gesamteinnahme von 830 M. erzielt werden, von denen nach Abzug der U-kosten im Betrage von 343 M. noch 488 M. für die bekannt gegebenen Zwecke verblieben. Am Dienstag nachmittag verlebte die kleinen Bühnenspieler gemeinsam noch einige frohe Stunden. Von hiesigen Landwirtsfrauen war ihnen der Tisch reichlich gedeckt worden.

— Dresden. Das Sächsische Militärverordnungsblatt meldet die Abschiedsbewilligungen der Generale der Inf. von Carlowitz, bisher Oberbefehlshaber der 2. Armee, von Tellenborn, bisher diensttuender Generaladjutant, der Generalleutnants Frhr. Leudart von Weißdorf, bisher Generaladjutant und Militär-Gouverneur der Provinz Silesien, Lucius, jetzt kommandierender General des 19. Armeekorps,

von der Decken (Gustav), bisher Inspektor der Etappen-Inspektion 5.

— Leipzig, 17. Januar. Die Straßenbahnangestellten Leipzigs sind heute früh in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnverkehr ruht daher vollständig. Die Angestellten sind mit der Forderung um Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage an die Direktion herantreten. Es finden gegenwärtig Verhandlungen statt.

— Leipzig. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Engeldorf, sowie der Betriebswerkstätten Leipzig-Hauptbahnhof und Bayerischer Bahnhof haben die ihnen von der Generaldirektion und dem sächsischen Finanzministerium hinsichtlich der Entlohnung gemachten Zugeständnisse als unüberwindlich abgelehnt und beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten. Eine viergliedrige Kommission ist Mittwoch nach Dresden zum Finanzministerium gefahren, um dort nach einwärts die gestellten Forderungen zu begründen.

— Trossen. Die Bezugsvereinigung der hiesigen Nahrungsmittelhändler hat den Rat erjucht, den städtischen Verkaufsräumen zu schließen und alle Waren den Ladengeschäften zum Verkaufe zuzuwenden. Der Rat beschloß, der Vereinigung zu eröffnen, daß der städtische Verkauf tunlichst eingeschränkt werde, daß aber Butter und Eier in ihm bleiben müssen. Heringe und Käse sollen in größeren Mengen der Vereinigung zum Verkaufe durch die Kleinhändler überwiesen werden.

— Werdau. Der hiesige A. und S.-Rat als „oberste Behörde und Schwalter der Revolution“, wie er sich nennt, hat eine Sicherheitskommission zum Schutze gegen verbrecherische Handlungen organisiert.

— Johanngeorgenstadt. Gegen verschiedene Bürger und Arbeitergewinnler ist wegen zu geringer Entschädigung das Strafverfahren eingeleitet worden.

— Die tschecho-slowakischen Truppen über an der Grenze jetzt Aufschlagsdienste und Bahnrevisionen aus, damit vor allem kein Fleisch nach Sachsen kommt.

— Kamenz. 13 Zentner 88 Pfund Weizen- und 1 Zentner Roggen wurden hier am Dienstag in den von einem Schlosser gemieteten Räumen als herrenlos aufgefunden und für den Kommunalverband beschlagnahmt.

— Saugen. Eine Steuererhöhung um 90 Prozent gegen das Vorjahr wird hier eintreten. Nach einem Steuerprovisorium setzen die städtischen Kollegien die Steuern auf 197 Prozent fest. Erforderlich ist die Erhebung von 250 Prozent, welcher Satz auch bei der endgültigen Festsetzung erreicht werden wird. Im Vorjahre wurden 160 Prozent erhoben.

— Töben. Im Hofe seines Grundstücks wurde der Direktor des Seminars Oberschulrat Förster schwer verletzt aufgefunden. Wie feststeht, ist er aus dem Fenster gestürzt, vermutlich infolge Anfalls. An den ersten Verletzungen ist er bald darauf gestorben.

Kirchen-Nachrichten.

2. Sonntag nach Epiphania, den 19. Januar 1919.

Alpsdorf. Abends 6 Uhr Predigtgottesdienst in der Schule.

Reinhardtsgrimma. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 1/2 2 Uhr Unterredung mit den diesjährigen und nächstjährigen Konfirmanden.

Montag den 20. Januar 1919.

Alpsdorf. Abends 1/2 8 Uhr Kirchengemeinderatsversammlung im „Salak“.

Reichstädt. Abends 8 Uhr Frauenverein im mittleren Gasthofe.

Regie Nachrichten.

Eine ständige Garnison für Berlin.

Berlin, 17. Januar. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Berlin soll hinfür eine ständige Garnison von 10000 Mann unterhalten werden. Die Frage eines Heeres hat der Rat der Volksbeauftragten der Nationalversammlung überwiesen.

Die Bekanntgabe der feindlichen Friedens-Bedingungen.

Basel, 17. Januar. Die „Morning-Post“ meldet aus Paris: Die Alliierten-Konferenz wird bis 25. Januar dauern. Von diesem Tage an stehen die Friedensbedingungen dem Feind zur Kenntnisnahme zur Verfügung. Der feste Entschluß der Alliierten, mit der jetzigen, von der deutschen Nationalversammlung noch nicht anerkannten Regierung vorläufig nicht direkt zu verhandeln, ist inzwischen der deutschen Kommission zum Ausdruck gebracht worden.

Gegenrevolution in Petersburg.

Nach zuverlässiger Meldung aus Moskau haben die Bolschewisten dort einen eiligen Rückzug angetreten. Als Grund wird die in Petersburg ausgebrochene Gegenrevolution bezeichnet.

Dorpat von estnischer Infanterie genommen.

Helsingfors, 16. Januar. Gestern nachmittags um 2 Uhr wurde Dorpat nach heiligem einständigen Kampfe von einem Banzergzug estnischer Infanterie genommen. Um 5 Uhr zog sich der Feind in Unordnung und unter Hinterlassung von Kriegsbeute zurück.

Clemenceau für Wilderung der Blockade.

Zürich, 17. Januar. Wie der „Temps“ mitteilt, legte Clemenceau dem Präsidenten der Republik ein Dokument zur Unterzeichnung vor, das eine Wilderung der Blockade vorseht, soweit die unsicheren besetzten Gebiete in Frage kommen.

Festelmarkt Dippoldiswalde vom 18. Januar.

Die 9 aufgetriebenen Ferkel wurden alle verkauft zum Preise von 70—100 M. pro Stück, ein Paar zu je 115 M.

6 Millionen Schafen durch die Quarantänestrichen.

Bei dem Berliner Magistrat sind Schabenerlauf-anträge in Höhe von rund 6 Millionen Mark herbeigeführt durch die Spartakuskomitees der vergangenen Woche, angemeldet worden.

Wage Herrlichkeit.

In Gughaven fand Donnerstag morgens 8 Uhr, nachdem vom Arbeiter- und Soldatenrat auf die gestellten Forderungen der Reichs-, Staats- und übrigen Beamten eine Antwort nicht eingegangen war, plötzlich der Verstoß des staatlichen Betriebes still. Auf die Einladung des Beamtenrates fand eine Versammlung von über 5000 Mann auf dem Marktplatz statt, wo mehrere Redner — auch Sozialdemokraten — sprachen. Ein Demonstrationzug zog nach der Kommandantur, deren Fenster mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten gespickt war. Es gelang einer Kommission der Beamten in das Gebäude zu kommen und mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln. Dieser gibt Freitag abend bekannt, daß der Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. Januar, der zur Erklärung der Republik Gughaven führte, rückgängig gemacht wird. Der Hamburger Senat erklärte sich bereit, in Zukunft mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammen zu arbeiten und dem Wunsch der Arbeiter und Beamten Rechnung zu tragen. Jeglicher Geldverkehr sowie der Verkehr der Reichsbehörden gehen ihren alten Gang.

Unsere Friedensunterhändler.

Wahl der deutschen Unterhändler.

(B.L.B.) Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinettsitzungen unter Zuziehung des Staatssekretärs des Meuzers damit beschäftigt, die Delegation zur Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung hat sie den Staatssekretär des Meuzers, Graf Brockdorff-Rangau, und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmt, ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammenetzung das neue Deutschland zur Darstellung bringen.

Ueber die Richtlinien.

an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Uebereinstimmung erzielt worden. Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich betreiben und jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen unserer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen, sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Weltaufbau der jungen deutschen Republik als Staatsvolk und Wirtschaftskörper gezogen sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen.

Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sofort eingestellt

und die dadurch geschädigten Privatrechte soweit als möglich wiederhergestellt werden; es wird unverzüglich eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Verabredung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Fragen des

Arbeitersehnes

und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefaßten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werden.

Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten

zu Lande, zur See und in der Luft abzurufen,

und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat Deutschland sie durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen im wesentlichen schon vollzogen.

Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die

Kriegsgefangenen Schwachen

immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen haben freigeben müssen. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimendung aller gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl derer eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises betonen.

Bei der Behandlung der

territorialen Fragen

in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker ebensowohl zugunsten anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elsass-lothringische Frage.

Unsere Vertreter sind so schließend angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtspartei zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.

Bei
Forderungen
auf Bort
rung de
Den
der Aus
Deutsch
herten!
Fo
alliierte
schen W
verdiert.
Er
sache ist
göfliche
Berhältn
wirtschaf
Foch
mission
fragen.
Erst
eine Red
legentlic
schweigl.
Zu
zurückg
auf die
nächst
in der
gesproch
Admiral
endlich
Baselbe
Erst
reter
es schwe
tenlosig
durch ei
Breuel
auf beh
Foch
Erst
aber sie
werden i
des Rüd
wichtig
Schiffe
Dar
Exempla
Foch. U
Blar.
Foch
mir ber
warte A
Das
Er
den End
Zeit Zu
Ein
burg ber
Die
Der
hat in B
Kuffchen
liche Me
dem Dop
nische Ph
vom den
sch aber
Wort be
ernten.“
Die
zu einer
Liebnech
Lage zufe
nen Beru
Lode der
traktat
Regierun
geordnet
bigen bef
(Am
Lände, di
burgs un
angeordn
kraft wer
los schme
jedoch ebe
bige befr
Akt der
gangen z
und feder
mag, wir
Ist i
leht wor
noch der
schritten
worden
Beije ein